

Wahlprogramm der SPD Eppertshausen

zur Wahl der Gemeindevertretung am 6. März 2016

Wir für Eppertshausen

-

Die Zukunft der Gemeinde sozial gestalten!

Beschlossen von der Mitgliederversammlung

des SPD-Ortsvereins am

9. Dezember 2015

Vorwort

Die Kommunen stehen bei der Bewältigung ihrer Aufgaben vor zwei großen Herausforderungen, welche die Politik in den nächsten Jahren maßgeblich beeinflussen.

Finanzielle Herausforderungen

Besonders die finanzielle Situation der kommunalen Ebene belastet die politische Arbeit vor Ort. Dabei sind wir hier in Eppertshausen noch in der relativ komfortablen Situation, keine nennenswerten Schulden aus der Vergangenheit, sprich aus der Zeit einer SPD-Mehrheit, bedienen zu müssen. Auch wenn es von der CDU und dem Bürgermeister früher noch anderslautend kolportiert wurde: In den Ausführungen zur Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2008 heißt es hierzu wörtlich: „Darlehen bei privaten Banken sind nicht zu bedienen, vielmehr wurden Fremdfinanzierungsmittel ausnahmslos über öffentliche Institute (LTH, Wibank) aufgenommen, sodass Zinsen nur in vernachlässigbarer Höhe zu zahlen sind.“

Als Gemeinde sind wir abhängig von überregionalen Steuerzuweisungen und dem Kommunalen Finanzausgleich. Die hessische Verfassung sieht zwar vor, den Gemeinden die zur Durchführung ihrer eigenen und der übertragenen Aufgaben erforderlichen Geldmittel im Wege des Lasten- und Finanzausgleichs zu sichern. Aber die Realität sieht bisweilen anders aus: Mit der Neufassung des Kommunalen Finanzausgleichs hält aufgrund des sogenannten „Alsfeld-Urteils“ eine weitere Ungerechtigkeit Einzug. Auch diese Neufassung wird uns belasten, so dass weiteres Sparen, ohne aber den Gestaltungswillen aufzugeben, auch für die nächste Wahlperiode bestimmend bleibt.

Demografische Herausforderungen

Es gilt auf die Herausforderung des demografischen Wandels zu reagieren. Zwar wird in Eppertshausen, wie im gesamten Landkreis Darmstadt-Dieburg, die Abnahme der Bevölkerung noch relativ gering ausfallen, doch der steigende Anteil der Seniorinnen und Senioren von 15 auf über 30 Prozent der Bevölkerung verursacht neue Aufgaben. In nahezu allen Politikbereichen, von der Bauleitplanung bis hin zum öffentlichen Nahverkehr werden wir neue Wege suchen müssen.

Herausforderungen annehmen

Diese Herausforderungen wollen wir annehmen. Auch in Zukunft wollen wir uns für die Gemeinde und deren Einwohnerinnen und Einwohner einsetzen.

Programm für Wahlperiode 2016 bis 2021

Die SPD Eppertshausen sieht in den nächsten fünf Jahren vorrangig drei Schwerpunkte für die politische Arbeit in der Gemeinde:

- Die Förderung der innerörtlichen Entwicklung,
- ein nachhaltiges Flächenmanagement und
- den Bereich Wohnen.

Förderung der innerörtlichen Entwicklung

Wir wollen einerseits der Verödung des Ortskerns entgegenwirken und auf der anderen Seite den Flächenverbrauch reduzieren. Hierzu stellen wir uns eine Maßnahme vor, die nicht wie bisher den Flächenverbrauch auf der grünen Wiese subventioniert, sondern vielmehr Anreize bietet, ältere Gebäude im Ortskern wieder als interessante Wohnquartiere zu entdecken. Statt den Erwerb eines unbebauten Grundstückes mit im Schnitt über 22.000 € zu bezuschussen, sollen entsprechende Mittel in ein Förderprogramm fließen, das der Belebung des Ortskerns zu Gute kommt. Dazu zählen bspw. die Förderung neuer Wohnformen, wie gemeinschaftliches, generationenverbindendes oder seniorenfreundliches Wohnen, die Herstellung von barrierefreiem Wohnraum, Erhöhung der Attraktivität für Wohnen und Arbeiten, die Beseitigung städtebaulicher und struktureller Missstände oder die Reaktivierung von Brachflächen.

Die finanzielle Ausstattung dieses kommunalen Förderprogramms soll einerseits durch den Verzicht von Kinderrabatten beim Verkauf von Gemeindegrundstücken im Baugebiet „Am Abteiwald“ sichergestellt werden und andererseits durch einen festzulegenden Anteil der dort erzielten Nettoverkaufserlöse zusätzlich aufgestockt werden.

Nachhaltiges Flächenmanagement

Schonender und verantwortungsvoller Umgang mit Grund und Boden, einer unserer wertvollsten Ressourcen, steht im Vordergrund unserer politischen Agenda für die nächsten Jahre. Grund und Boden ist nicht beliebig vermehrbar und unsere Entwicklungsflächen für Bau- und Gewerbegebiete sind endlich.

In den Jahren 2002 bis 2008 sind in den Planungsgebieten „Auf der Bayerswiese“ und „Im Eichstumpf“ fast 160 zusätzliche Wohnbaugrundstücke (davon entfielen 71

auf die Gemeinde) geschaffen worden. Der Bedarf für die Eigenentwicklung lag dabei deutlich niedriger. Die Entwicklung des Gebietes „Am Abteiwald“ wird aktuell durchgeführt. Deshalb werden wir mittelfristig kein Bauplanungsrecht für die Fläche zwischen dem Baugebiet „Auf der Wilze“ und dem ehemaligen Forsthaus im Osten unserer Gemeinde schaffen oder einer solchen Maßnahme zustimmen.

Vor dem Hintergrund einer Reduzierung des Flächenverbrauchs und einem nachhaltigen Flächenmanagement ist unsere Forderung nach einem erweiterten Baulandkataster zu sehen. Neben unbebauten Grundstücken sollen auch leerstehende Gebäude erfasst und aufgenommen werden. Dieses Kataster soll zunächst als Arbeitshilfe für die Verwaltung und Gemeindevertreter erstellt werden. Eine Veröffentlichung erfolgt selbstverständlich nur mit Zustimmung der Grundstückseigentümer.

Wohnen

Eppertshausen benötigt nicht nur Baugrundstücke für zahlungskräftige private Bauherren. Immer deutlicher sind die Versäumnisse im sozialen Wohnungsbau zu spüren. Daneben wird insbesondere bezahlbarer Wohnraum immer knapper.

Die SPD will die Gemeinde zu einer sozialen Gemeinde ausbauen.

Wir sehen es als eine der wichtigsten Herausforderungen für die Senioren und Seniorinnen bezahlbaren Wohnraum im Alter zu schaffen, ohne dabei Themen wie Altersarmut und günstigen Wohnraum zu vernachlässigen.

Es geht auch darum den Menschen gerecht zu werden, die auf Grund Ihrer persönlichen Lebenssituation auf bezahlbaren Wohnraum in der Gemeinde angewiesen sind. Die SPD wird Wohnraum schaffen für weitere Personengruppen z.B. Single mit Kind, Alleinstehende nach einer Scheidung etc., die sich eben auf Grund dieser neuen Lebenssituation nach bezahlbarem Wohnraum umsehen müssen. Dieser Personengruppe will sein soziales Umfeld in Eppertshausen erhalten und nicht auf Grund unbezahlbarer Mieten einen Ortswechsel vornehmen. Die SPD in Eppertshausen erkennt hier seit Jahren einen dringenden Handlungsbedarf.

Aus diesen Vernunftgründen heraus stehen wir für die Erstellung von Wohnraum mit einem offenen Nutzungskonzept. Die Wohnräume werden so geschaffen, dass darin auch eine gute Pflege im Alter möglich ist, die Räume aber nutzungs offen d.h. auch für andere Personengruppen offen sind. Ein rein klassischer Bau im betreuten Wohnen

hält die SPD nicht mehr für zeitgemäß, genauso wie die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen in eigens nur dafür geschaffenem Wohnraum.

Die weiteren Ziele werden nachfolgend in alphabetischer Reihenfolge beschrieben:

Breitbandversorgung

Der schnelle Zugang zum Internet hat im Alltag von Industrie und Handwerk, den freien Berufen und nicht zuletzt ganz privat zu Hause eine erhebliche Bedeutung erlangt. Telekommunikation und Datenaustausch sind heute genauso wichtig wie die Versorgung mit Wasser, Strom und Gas oder wie die Entsorgung von Abwasser und Abfall. In Eppertshausen war dies aber nicht flächendeckend bzw. nicht mit einer angemessenen Geschwindigkeit gewährleistet.

Auf eine Verbesserung dieser Situation durch die Telekommunikationsunternehmen konnte nicht vertraut werden.

Auf Initiative des Landrats Schellhaas ist es im Jahr 2013 gemeinsam mit 18 weiteren Kommunen des Kreises gelungen, einen Zweckverband „Breitbandversorgung“ (NGA-Netz = Next Generation Access) zu gründen. Dieser Verband hat die Optimierung der Breitbandversorgung im Verbandsgebiet als Ziel. Dies sollte durch die Errichtung einer eigenen Breitbandnetzinfrastruktur innerhalb der beteiligten Kreiskommunen sowie der Kreisliegenschaften erreicht werden. Die „gemeinsamen Aktivitäten“, also das Bündeln der Netzforderungen und der Bedarfe unserer Region führte im Ergebnis dazu, dass heute ein Vertrag mit dem größten deutschen Anbieter, der Deutschen Telekom besteht, der nach dem Ausbau bzw. der Inbetriebnahme ab März 2016 einen flächendeckenden Versorgungsgrad von mindestens 95 % der Haushalte mit schnellen Internetanschlüssen auch für Eppertshausen garantiert.

Gegen den anfänglichen Widerstand der CDU-Fraktion gegen den Beitritt zum Zweckverband konnte letztlich verhindert werden, dass Eppertshausen ein eigenes Parallelsystem aufbaut. Die ursprünglich dafür vorgesehenen Mittel von 430.000 € konnten so eingespart werden.

In der planmäßig ab März 2016 zur Verfügung stehenden ersten Ausbaustufe wird eine Leistung von bis zu 50 Mbit/s im Download und bis zu 10 Mbit/s im Upload bereit gestellt. Mit dem errichteten Netz wurde gemeinsam die Infrastruktur geschaffen, um künftig auch schnellere Anbindungen zu ermöglichen. Dies könnte dann in Zukunft mit geringem Kostenaufwand in einer weiteren Ausbaustufe realisiert werden.

Bürgerbeteiligung

Beschlussvorlagen zu öffentlich zu behandelnden Tagesordnungspunkten der Gemeindevertretung (einschließlich ihrer Ausschüsse) sind, unter Beachtung datenschutzrechtlicher Bestimmungen, über den Internetauftritt der Gemeinde interessierten Bürgerinnen und Bürgern zugänglich zu machen.

Dem sich deutlich zeigendem nachlassenden Interesse der Bürgerinnen und Bürger an den kommunalpolitischen Entscheidungen ist entgegenzuwirken. Vor diesem Hintergrund sind Formen einer besseren und stärkeren Bürgerbeteiligung zu entwickeln (auch unter Nutzung der aktuellen technischen Möglichkeiten).

Der demografische Wandel könnte hier aber auch von Vorteil sein: Ältere Menschen sind heute in der Regel gesünder als früher und wollen die Chance des längeren Lebens auch entsprechend nutzen. Wir werden ältere Menschen ermutigen, sich verstärkt bürgerschaftlich zu engagieren, sich neue Tätigkeits- und Wissensfelder zu erschließen und ihre Erfahrungen und Fähigkeiten ehrenamtlich in das gesellschaftliche Leben einzubringen.

Energiewende auf kommunaler Ebene voranbringen

Der Klimawandel ist bereits Wirklichkeit. Wir sprechen uns für ein nachhaltiges Umdenken aus: Weg von Atomanlagen und Kohlekraftwerken, hin zu sicheren und klimafreundlichen Energien. Die Gemeinde muss sich schon heute auf die zu erwartenden Klima-Veränderungen einstellen. Ein wirksamer Klimaschutz setzt die Verringerung von Treibhausgasen voraus.

Deshalb wollen wir in Eppertshausen die Nutzung neuer Energien, die aus erneuerbaren Quellen stammt fördern und Alternativen für eine klimafreundliche Energieversorgung der Gemeinde gemeinsam mit den Bürgern entwickeln.

Als einen ersten Schritt zu diesem Ziel stellen wir uns vor, die Energieversorgung im neuen Baugebiet „Am Abteiwald“ durch ein Blockheizkraftwerk sicherzustellen.

Friedhof

Die vorhandenen Bestattungsflächen des Waldfriedhofs sind hinsichtlich der unterschiedlichen Angebote der Bestattungsarten (bspw. Urnengrab, Reihengrab etc.) in regelmäßigen Abständen unter Beachtung der Nachfrage zu überprüfen und gegebenenfalls anzupassen. Es fehlt eine Bestattungsfläche für Mitbürger muslimischen

Glaubens, die in ihrer Heimat Eppertshausen ihre letzte Ruhe finden wollen. Deshalb soll in diesem Zug ein entsprechendes Gräberfeld angelegt werden.

Durch die Beseitigung von Grabflächen auf dem „alten“ Friedhof entstehen nach und nach immer mehr Brachflächen. Unabhängig von dem vor Jahren in der Gemeindevertretung zur späteren Rekultivierung gefassten Beschluss, werden wir uns dafür einsetzen, dass zusammenhängende Freiflächen bereits jetzt (vor Ablauf der noch andauernden Nutzung als Friedhof) dem Ort angemessen rekultiviert und gepflegt werden. Im Übrigen sollen abgeräumte Gräber mit Rasenflächen versehen und entsprechend gepflegt werden.

Gremienmanagement

Beschlussvorlagen der Gemeindevertretung erhalten regelmäßig in einem eigenen Abschnitt eindeutige Angaben über die finanziellen Auswirkungen auf den Gemeindehaushalt.

In einem weiteren separaten Abschnitt sind mögliche Alternativen aufzuzeigen.

Integration

In der Integration von zugewanderten Menschen sehen wir eine wichtige Zukunftsaufgabe bei der Gestaltung unserer Politik. Diese Aufgabe ist nicht einfach und verlangt große Bemühungen sowie ein hohes Maß an Sensibilität von allen Akteuren. Gleichzeitig sehen wir in den zugewanderten Menschen mit ihren unterschiedlichen Kompetenzen eine Bereicherung für unsere Gesellschaft. Gesellschaftliche Integration setzt zweierlei voraus: wechselseitige Akzeptanz und Respekt zwischen verschiedenen Bevölkerungsgruppen und die Gleichberechtigung und Gleichbehandlung in allen Bereichen der Gesellschaft.

Früh einsetzende Sprachförderung sehen wir als den wichtigsten Baustein für die Integration und Bildung junger Menschen. Darüber hinaus muss sich die Politik auch Antworten auf die Integration im Arbeitsmarkt, in Freizeitgestaltung bis hin zur Seniorenpolitik geben. Hier gilt es, Barrieren auf beiden Seiten zu überwinden. Wir wollen mit dem Integrationsamt des Landkreises eng zusammenarbeiten, dass sich als interkulturelles Büro bereits umfassend mit diesem wichtigen Aufgabenfeld beschäftigt. Sprache und gesellschaftliche Teilhabe sind Schlüsselwerkzeuge der Integration. Durch Einbeziehung von Menschen mit Migrationshintergrund in gesellschaftliche Prozesse, sowie durch deren Mitwirken in örtlichen Vereinen und Verbänden, kann

der Bildung von Parallelgesellschaften entgegengewirkt werden. Gerade der vielfältigen Vereinslandschaft unserer Gemeinde kommt hier eine bedeutende Rolle zu, die wir nach Kräften fördern und unterstützen werden.

Zur Integration gehört aber auch die politische Teilhabe an den Entscheidungsprozessen vor Ort. Deshalb soll bei vorhandenem Interesse die Einrichtung eines Ausländerbeirats unterstützt werden.

Interkommunale Zusammenarbeit

Die demografische Entwicklung und die angespannte Finanzlage machen den Blick über den Tellerrand notwendig. Einsparpotentiale müssen gesucht und gefunden werden. Wir stehen vor der Aufgabe, Tätigkeiten zu bündeln und Kompetenzen gemeinsam zu nutzen. Allerdings nur dort, wo die Wirtschaftlichkeit oder die Qualität verbessert werden kann. Dadurch können positive Nebeneffekte, wie zum Beispiel Vertretungsregelungen und der Austausch von Know-how entstehen.

Der Bürger soll die gemeinsame Aufgabenerledigung nicht spüren. Sein Ansprechpartner muss am Wohnort erreichbar sein. Als Negativbeispiel sehen wir in diesem Zusammenhang jedoch die Auflösung des Standesamtes.

In den Bereichen der Abfallwirtschaft und der Trinkwasserversorgung funktioniert dagegen schon seit vielen Jahren eine erfolgreiche Zusammenarbeit. Als Kooperationsform hat sich dabei der Zweckverband bewährt.

Neu gegründet wurde im Jahr 2013 der Zweckverband NGA zum Ausbau des Breitbandnetzes. Darüber hinaus nutzt die Gemeinde Eppertshausen die Zentrale Vergabestelle des Landkreises.

Diesen guten Erfahrungen folgend soll die Zusammenarbeit ausgebaut werden.

Kinderbetreuung

Nach unserer Auffassung muss die frühkindliche Erziehung und Betreuung in Kindertagesstätten für die Eltern ebenso kostenfrei sein, wie der spätere Schulbesuch oder die Hochschulausbildung. Ein Blick in den Haushalt zeigt aber, dass der hierfür benötigte Zuschussbedarf die Gemeinde als alleinigen Kostenträger überfordert. Finanzielle Unterstützung kann aber weder vom Land noch vom Bund erwartet werden.

Dennoch wollen wir nicht nur den Besuch des letzten Kindergartenjahres vor der Einschulung, sondern bereits ab dem dritten Lebensjahr einen gebührenfreien Kindergartenbesuch für eine Kernzeit von wenigstens täglich fünf Stunden gewährleis-

ten. Die Gegenfinanzierung soll einerseits durch eine Gebührenneuordnung der außerhalb der Kernzeiten liegenden Betreuungszeiten und durch allgemeine Haushaltsmittel erfolgen.

Kultur und Vereine

Die Vereine in unserer Gemeinde sind ein wichtiger Teil des kulturellen und sozialen Lebens. Sie tragen zur Lebensqualität, Lebensfreude und Gesundheit bei, vermitteln Werte und stärken den sozialen Zusammenhalt. Durch ihr differenziertes und wohnortnahes Angebot leisten sie unverzichtbare Beiträge zur individuellen und sozialen Entfaltung des Menschen in unserer Gesellschaft. Die dabei vielen ehrenamtlich Tätigen engagieren sich für die Allgemeinheit und dafür gebührt ihnen Dank und Anerkennung.

Die Gemeinde unterstützt die Vereine vor allem durch die Bereitstellung von Sportstätten und die Förderung der Nachwuchsarbeit. Kernstück ist und bleibt die kostenlose Überlassung der Sport- und Bürgerhalle, sowie des Hauses der Vereine. Das ist in der kommunalen Landschaft nicht selbstverständlich. Auf eine Miete werden wir auch weiter verzichten und zeigen uns als verlässlicher Partner für die Sporttreibenden.

Neben der Unterstützung der Sportvereine steht auch die Förderung der sonstigen, im kulturellen Bereich tätigen Vereine im Mittelpunkt.

Deshalb soll die Vereinsförderung auch künftig fester Bestandteil der örtlichen Politik sein.

Verbleib im SENIO-Verband und

Unterstützung der Arbeit der Gersprenz gGmbH

Frauen und Männer in Deutschland werden immer älter. Dies bewirkt auf der anderen Seite aber auch, dass die Anzahl der Menschen die professionelle stationäre Hilfe im Alter benötigen, leider auch zunehmen wird. Deshalb brauchen wir Pflege mit Zukunft. Wir unterstützen deshalb die Arbeit des SENIO-Verbandes und der Gersprenz gGmbH mit ihrer hervorragenden Pflege in ihren Einrichtungen in Reinheim, Groß-Zimmern, Münster und Groß-Umstadt sowie künftig in Fischbachtal und Groß-Bieberau. Nicht nur sehr gute Ergebnisse in der Qualität der Pflege wurden erreicht, sondern auch die Wirtschaftlichkeit der Einrichtungen kann sich sehen lassen.

Der – noch nicht vollzogene - Beschluss der Gemeindevertretung, aus dem Verband auszutreten muss aufgehoben werden. Wir fordern darüber hinaus eine engere Zusammenarbeit mit dem SENIO-Verband und der Gersprenz gGmbH, nicht zuletzt vor dem Hintergrund eines geplanten Seniorenzentrums im künftigen Baugebiet „Am Abteiwald“.

Spielhallen

Wir stellen uns gegen die Ansiedlung weiterer Spielhallen in Eppertshausen. Auch wenn sich damit lukrative Steuereinnahmen verbinden lassen, wollen wir die Spielsucht nicht noch weiter fördern. Die Spielsucht die so weit gehen kann, dass Haus und Hof verzockt werden. Es kann **nicht** angehen, einerseits einen kommunalen Präventionsrat – der u.a. Suchtgefahren begegnen soll - einzurichten, auf der anderen Seite aber allein aus finanziellen Gesichtspunkten die Ansiedlung von Spielhöhlen zu unterstützen. Auch wenn unser Vorstoß im Jahr 2005 im Zusammenhang mit dem Bebauungsplan für das neue Gewerbegebiet Park 45 in der Gemeindevertretung keine Mehrheit fand, wollen wir alle rechtlichen Möglichkeiten ausschöpfen, die den Betrieb bestehender und geplanter Spielhöhlen einschränken. So werden wir die bestehenden Steuersätze anheben und prüfen, ob weiterhin über das Gaststättenrecht Beschränkungen zur Automatenaufstellung ausgesprochen werden können.

Umwelt

Wir verstehen die Natur als gesamtes System. Der Umweltschutz ist deshalb umfassend zu betrachten. Die Fläche der Gemeinde beträgt 1311 ha, davon sind 63 %, bzw. 826 ha Waldfläche. Wald hat für den Naturschutz eine große Bedeutung. Den Menschen dient er als Erholungsraum, ist aber auch wichtiger Lieferant für Nutz- und Brennholz. Die Flächen für die Landwirtschaft werden immer weniger, waren es 2001 noch 285 ha Acker- und Wiesenflächen, sind heute davon ca. 20% der Bebauung zugeführt. Dieser Flächenverbrauch muss deutlich reduziert werden (vgl. Punkt „Nachhaltiges Flächenmanagement“).

Wir wollen die vielfältigen Naturräume in der Gemarkung erhalten und schützen. Die wertvollen Biotop brauchen Pflege, die oft durch ehrenamtliches Engagement vieler Menschen erbracht wird. Sie kennen Flora und Fauna mit viel Fachwissen und sind daher ein wichtiger Bestandteil für den aktiven Naturschutz. Nachhaltige Entwicklung

steht im Vordergrund unseres täglichen Handelns. Unseren Nachkommen eine lebenswerte Welt zu hinterlassen, ist unser Ziel

Verkehr

Die verkehrsgünstige Lage unserer Gemeinde ist ein wichtiger Standortvorteil, der gute Mobilität ermöglicht. Gleichzeitig bringt der Straßenverkehr wegen seines dominierenden Anteils am Verkehr die weitaus höchsten Belastungen für die Umwelt und für die Lebensqualität. Neben der hohen Lärmbelastung wirken sich auch die Luftschadstoffe negativ aus.

Auf unsere Initiative wurde ein Verkehrsentwicklungsplan für die Gemeinde erstellt. So entstand erstmals eine regionale Zustandsanalyse. Sie zeigt bestehende Defizite des regionalen Straßenverkehrsnetzes auf.

Der Verkehrsentwicklungsplan dient dabei nicht der Baurechtsschaffung. Er stellt vielmehr die Verkehrssituation der Gemeinde im Blickwinkel der nächsten zehn bis fünfzehn Jahre dar und zeigt die entstehenden Verkehrsströme. Er bietet somit eine fachliche, aber modellhafte Grundlage für die Meinungs- und Entscheidungsprozesse vor Ort.

Dabei betrachten wir es als Herausforderung, wie die gestiegene Verkehrsbelastung der älteren Wohnlagen durch die Ausweitung der Besiedlung durch neue Baugebiete im Osten der Gemeinde abgemildert werden könnte. In diesem Kontext halten wir eine Überprüfung der Hauptfußwege zu den örtlichen Bushaltestellen und dem Bahnhof erforderlich. Auch wenn nahezu im gesamten Ortsgebiet Tempo 30 gilt, bedarf es nach unserer Einschätzung gezielter Maßnahmen, dass diese Vorgabe auf den genannten Strecken auch weitestgehend eingehalten wird.

Daneben sehen wir akuten Handlungsbedarf:

- Im Kreuzungsbereich Kurt-Schumacher-Straße / Waldstraße ist das Provisorium des „angedeuteten Kreisverkehrs“ in einen Kreisverkehrsplatz umzubauen und unser diesbezüglicher Antrag aus dem Jahr 2011 endlich umzusetzen. Kurzfristig ist bereits die Vorfahrtsregelung entsprechend dem eines Kreisverkehrs anzupassen.
- Der von der Straße „Am kleinen Wäldchen“ ausgehende Fuß- und Radweg ist eine beliebte Verbindung nach Ober-Roden. Der derzeitige schlechte Zustand ist dringend zu verbessern. In Abstimmung mit der Stadt Rödermark/Hessenforst sind daher umgehend geeignete Maßnahmen zu ergreifen.

Dabei ist auch eine Vorfinanzierung durch die Gemeinde Eppertshausen in Erwägung zu ziehen.

- Der Fahrbahnbelag der Hauptstraße ist an vielen Stellen schadhaft und stellt deshalb besonders für Radfahrer eine Gefährdung dar. Auch hier ist eine Sanierung oder zumindest punktuelle Ausbesserung notwendig.

Ver- und Entsorgung

Das Abfallkonzept des Landkreises ist vorbildlich. Die Abfallentsorgung muss in kommunaler Hand bleiben, verbrauchsorientiert und finanzierbar gestaltet werden. Die SPD will in Zukunft über ihre Vertreter in der Verbandsversammlung vertreten sein, um dafür Sorge zu tragen, dass die Gebühren stabil und niedrig bleiben.

Die in Wohngebieten eingerichteten Abfallsammelstellen (Container) führen immer wieder zu Beschwerden der Anwohner (wilde Ablagerungen, Geräusch- und Geruchsbelästigung). Die SPD wird eine Prüfung veranlassen, ob eine Verlagerung der Sammelplätze zu den Verkaufsanlagen möglich bzw. im Einzelfall sinnvoll ist.

Im Bereich der Trinkwasserversorgung der Gemeinde sprechen wir uns für den Verbleib in kommunaler Hand aus. Die hohe Qualität der Trinkwasserversorgung muss erhalten bleiben.